



April 2025

Toller Erfolg, jetzt beginnt die gemeinsame Arbeit ...



Das Wahlpartyfoto von Verena ist fast schon nostalgisch. Erstens sind wir inzwischen noch ein paar mehr geworden und zweitens beginnen jetzt die Brecht'schen „Mühen der Ebene“: All die hochmotivierten Neuen müssen ein Angebot zur Beteiligung bekommen und die Gewählten müssen sich finden und sich zu einer schlagkräftigen Opposition gegen das erwartbare rot-grüne „Weiter so“ zusammenfinden.

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe:
Freitag, 25.04.2025

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Mitgliederversammlung 26.4.	S. 2
Mitgliederinitiative	S. 3
Mitgliederentwicklung in Mitte	S. 4
Solidarität mit Omas gegen Rechts	S. 5
Ostermarsch	S. 6
Friedensdemo Wiesbaden	S. 7
8. Mai muss Feiertag werden	S. 8
Nachruf Christine Detamble-Voss	S. 10
Infotische für den Berliner Appell	S. 11
Roter Filz mit schwarzem Tupfer?	S. 12
Termine / Kontakt	S. 14

**Mitgliederversammlung am Samstag, den 26. April 2025,
Musiksaal im Besenbinderhof, Besenbinderhof 57a., 20095 Hamburg;
10:00 bis 19.00 Uhr zur Wahl deines neuen Bezirksvorstandes**

Folgende Tagesordnung möchten wir euch dafür vorschlagen:

0. Grußwort und Begrüßung
1. Konstituierung
 - a. Wahl der Versammlungsleitung
 - b. Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - c. Beschluss zur Tagesordnung
2. Aus den Workshops der Stadtteilgruppen
 - a. Kurzberichte aus den Workshops
 - b. Beschlüsse zur Arbeit und Struktur des Bezirksverbandes für die nächsten 2 Jahre
3. Bericht des Vorstandes
 - a. Tätigkeitsbericht
 - b. Finanzbericht
 - c. finanzielle Entlastung des Vorstandes
4. Neuwahl des Bezirksvorstandes
 - a. Wahl einer Wahlkommission
 - b. Ggf. Beschlüsse zur Wahlordnung
 - c. Beschluss zur Größe und Struktur des Vorstandes
 - d. Durchführung der Wahlen zum Bezirksvorstand
 - i. Wahl eine/r Schatzmeister*in
 - ii. Wahlgang zur Sicherung der Mindestquotierung
 - iii. gemischter Wahlgang
 - iv. ggf. weitere Wahlgänge
5. Wahl der Finanzrevisor*innen
6. ggf. weitere Anträge
7. Verschiedenes

Folgende Praktische Hinweise: Anträge und Kandidatur-Erklärungen die bis zum 12. April 10:00 Uhr an die Emailadresse des Bezirksvorstandes (info@die-linke-hamburg-mitte.de) eingegangen sind, verschicken wir per E-Mail / Brief an die Mitglieder des Bezirksverbandes und werden auf unserer Website (www.die-linke-hamburg-mitte.de) veröffentlicht.

Alles, was später bei uns eingeht, wird auf der Website veröffentlicht. Alle notwendigen Unterlagen liegen auf der Versammlung vor.

Antragsschluss für normale Anträge ist zugleich auch der 12. April 2025, 10:00.

Gegen 13.00 Uhr werden wir eine einstündige Mittagspause machen. An dem Tag wird es als Tagungsgetränke Tee/Kaffee und Wasser zu Lasten der Partei geben. Während der Mittagspause könnt ihr euch in der Umgebung verpflegen bzw. den Inhalt mitgebrachter Brotdosen verzehren.

Mit herzlichen &
solidarischen Grüßen

Euer Bezirksvorstand
(Laura, Michelle, Quentin, Rhia, Sophia, Wolfgang)

Mitgliederinitiative für ein aktives Parteileben

DIE LINKE wird dringend gebraucht:

Aus den Wahlerfolgen ergeben sich neue Herausforderungen und eine gestiegene Verantwortung als Oppositionspartei. Wir fordern, dass das Parteileben im Bezirk wieder aufgenommen wird – die letzte Bezirksmitgliederversammlung fand vor über einem halben Jahr statt –, damit alle Genoss:innen sich an der politischen Ausrichtung der Partei demokratisch beteiligen können und die Linke handlungsfähig und sichtbar wird.

- Opposition gegen die geplante Aufrüstung mit hunderten Milliarden bei gleichzeitig immensem Arbeitsplatz- und Sozialabbau. Auch das „Infrastrukturpaket“ mutet als Maßnahme dafür an, dass Panzer Richtung Osten rollen können. Dies widerspricht eklatant dem Friedensgebot des Grundgesetzes und dem Mehrheitswillen der Bevölkerung, weshalb der designierte Blackrock-Kanzler sein „Paket“ nur grundgesetzwidrig durch das Parlament bringen kann. Die Geschichte von zwei Weltkriegen darf sich nicht wiederholen! Stattdessen muss die Schuldenbremse fallen, für Investitionen in die soziale Verwirklichung und humane Weiterentwicklung eines tatsächlich „demokratischen und sozialen Rechtsstaats“ (GG).

- Opposition auch wider die Hetze und willkürliche Zurückweisung von flüchtenden Menschen. Asyl ist als antifaschistische Konsequenz ein Menschenrecht und historische Verpflichtung. Beste Bedingungen für die solidarische Entwicklung aller Menschen müssen geschaffen werden. Erst recht, weil die allermeisten vor den Zerstörungen durch die imperialistische und neokoloniale Ausbeutung des „Wertewestens“ fliehen. Die Fluchtursachen müssen bekämpft werden, nicht die Flüchtenden: durch die Herstellung gerechter Wirtschaftsbeziehungen, durch kulturellen Austausch und Völkerfreundschaft sowie den intensiven Ausbau internationaler Zusammenarbeit etwa zur Überwindung des gefährlichen Klimawandels.

Mit einer solchen Dynamik gewinnen wir Menschen, sich progressiv zu organisieren und ihre Geschicke in die Hand zu nehmen. So können wir auch die AfD zurückdrängen, die bundesweit gefährlich erstarkt. Dafür müssen wir vor allem als Partei zusammenkommen, aktiv den weiteren Kurs bestimmen und ins Werk setzen. Wir begrüßen sehr, dass viele Menschen neu in DIE LINKE

eingetreten sind, und heißen Euch alle ganz herzlich willkommen! Hamburg-Mitte ist ein linkes Pflaster, was die Wahlergebnisse hier erneut bezeugen. Machen wir etwas daraus, auch als Impulsgeber für die Politik der Gesamtpartei!

Seit Monaten gibt es aber keinen arbeitsfähigen Bezirksvorstand, der für diese Aufgaben und Herausforderungen initiativ wird. Diese Auflösung der Parteistrukturen muss sofort beendet werden.

Wir fordern nachdrücklich ein:

1. So schnell wie möglich (Ende April) ist zu einer Bezirksmitgliederversammlung einzuladen, bei der ein neuer Vorstand gewählt wird. Wir regen an, dass der Rest-Bezirksvorstand eine plural zusammengesetzte Arbeitsgruppe bildet zur gemeinsamen Vorbereitung der BMV.

2. Der Bundesparteitag am 9.5. mit wichtigen Weichenstellungen für die Zukunft muss ebenso gemeinsam vorbereitet und begangen werden wie die anstehenden Termine der Friedens-, Arbeiter:innen- und Antifa-Bewegung (Ostermarsch, Tag der Arbeit am 1. Mai und achtzigster Jahrestag der Befreiung am 8. Mai.)

3. Um diese Aufgaben in die Tat umzusetzen, muss sofort zu einer öffentlichen Bezirksvorstandssitzung eingeladen werden, bei der sich alle Genossinnen und Genossen beteiligen können, die sich beim Wiederaufbau einer lebendigen Mitgliederpartei einbringen wollen.

Mit sozialistischen und kämpferischen Grüßen,

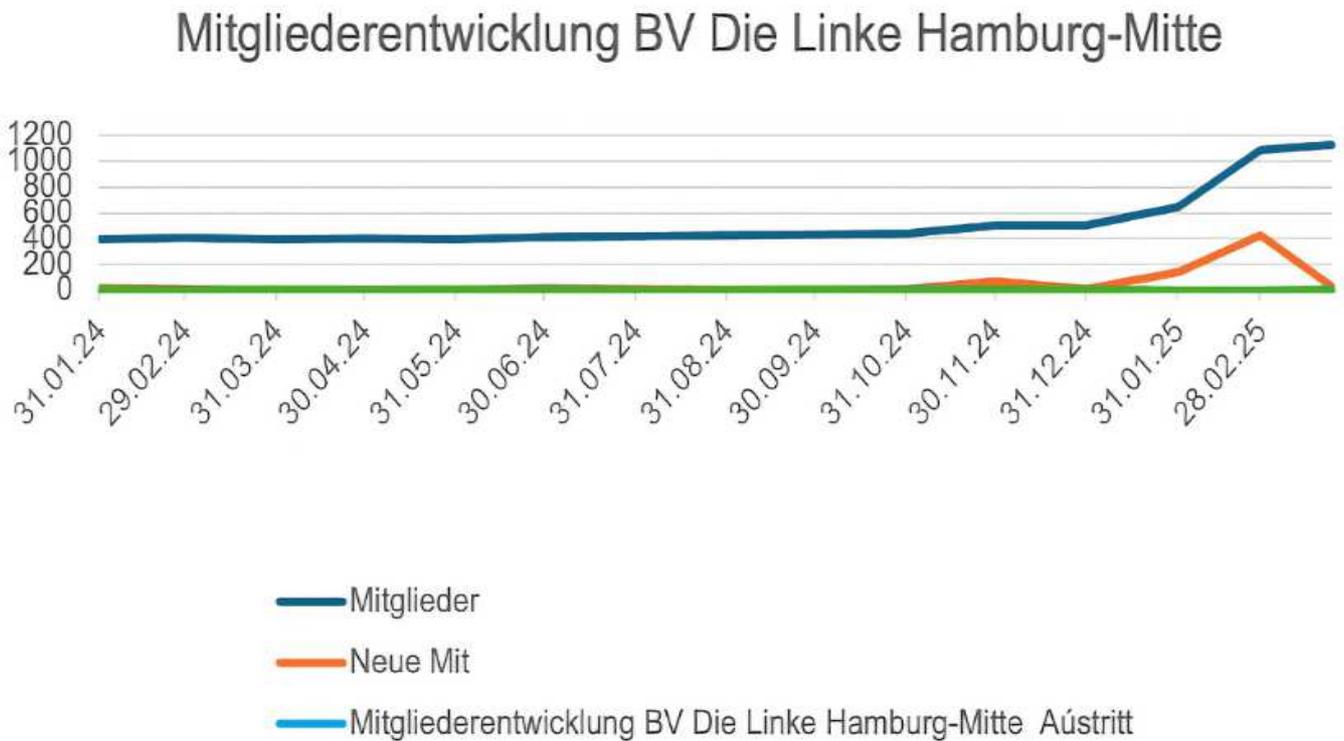
Nilüfer Aydin, Alexander Benthin, Gunhild Berdal, Oscar Blasco, Leonie Corinth, Ruben Hittmeyer, Michael Gaschler, Kristian Glaser, Emma Louise Hansen, Franziska Hildebrandt, Niklas Hillen, Christian Iltner, Svetlana Kapis, Laurin Kirbach, Duran Kiymazaslan, Saman Maeruf, Mona Mansour, Roberto Perez-Hagen, Anja Post-Martens, Ida Rockenbach, Suna Sahin, Ulrike Schirrmann, Thomas Stahlhut, Domenica Winkler, Heinrich Westphely, Franz-Georg Wolf

Wer sich noch anschließen möchte kann sich gerne melden bei: alexander.benthin@gmx.de

(Siehe auch Seite 2)

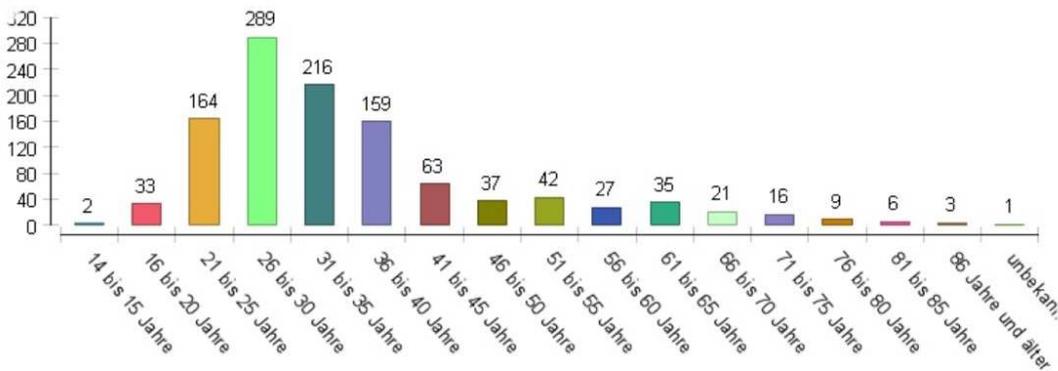
Mitgliederentwicklung im Bezirksverband 2024 – März 25

Der Bezirksverband hat mittlerweile über 1100 Mitglieder. Wie sich die Mitgliederzahl seit 2024 bis jetzt (25.03.25) entwickelt hat, ist in dem folgenden Diagramm dargestellt.



Ein Darstellungsproblem: Hellblau und orange überlagern sich zu grün.

Nach dem Austritt von Frau Wagenknecht aus der Partei Die Linke und der Gründung des BSW im Januar 2024, beginnt ein leichter, aber kontinuierlicher Anstieg in der Mitgliederanzahl in unserem Bezirksverband. Nach dem Bruch der Ampelkoalition im November 2024 beschleunigt sich der Anstieg etwas mehr. Dramatisch wird der Anstieg Ende Januar 2025, nachdem der ehemalige „Black Rock“ Manager Friedrich Merz versucht hat, mit Stimmen der AfD menschenverachtende Migrationsgesetze im Bundestag zu beschließen. Dieses Vorhaben scheitert unter anderem an den Gegenstimmen unserer Abgeordneten und bescherte unserer Partei und damit auch unserem Bezirksverband viele neue, sehr wahrscheinlich politisch hochmotivierte Mitglieder. Insgesamt hat der Bezirksverband seit dem 1.1.2024 bis heute 805 neue Mitglieder dazugewonnen. Demgegenüber stehen lediglich 50 Austritte in diesem Zeitraum. Wir sind ferner jünger geworden. Dies zeigt die folgende Abbildung über die Altersverteilung in unserem Bezirksverband.



Und wir sind weiblicher geworden. 52% der neuen Mitglieder sind Genossinnen.

Die hohe Zahl an Mitgliedern in unserem Bezirk hat auch zur Folge, dass wir in Zukunft nicht jeden Monat eine Bezirksmitgliederversammlung (BMV) durchführen können. Wir müssen

das Parteileben jetzt mehr in die Stadtteilgruppen verlagern. Dies hat auch den Vorteil, dass wir in den Stadtteilen besser wahrgenommen werden. Hierfür sind neue Organisationsformen zu schaffen sein. Es werden deshalb in den einzelnen Stadtteilgruppen Workshops in den nächsten Tagen und Wochen stattfinden.

Wolfgang Strauß, Schatzmeister Bezirksverband Die Linke Hamburg-Mitte

Das Ganze unter dem Motto :

Niemals alleine, immer gemeinsam

Übersicht über die Stadtteilgruppen

Stadtteilgruppe	Anzahl Mitglieder
HammHornBorgfelde	281
Billstedt	64
Finkenwerder	16
St.Georg	116
St.Pauli	299
Wilhelmsburg/ Veddel	312
Ohne Zuordnung	31

Solidarität mit den Omas gegen Rechts –

Eine Stellungnahme der LAG - Feminismus DIE Linke Landesverband Hamburg

In Zeiten, in denen rechtsextreme und antifeministische Strömungen immer aggressiver gegen linke, demokratische und zivilgesellschaftliche Organisationen vorgehen, ist unser Zusammenhalt wichtiger denn je. Die Omas gegen Rechts stehen seit Jahren entschlossen für Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ein. Dass sie nun durch parlamentarische Anfragen und öffentliche Debatten delegitimiert werden sollen, ist ein Angriff auf die gesamte Zivilgesellschaft – und auf alle, die sich für eine gerechte und gleichberechtigte Gesellschaft einsetzen.

Auch gezielter Antifeminismus ist kein Randphänomen rechter Ideologien, sondern ein grundlegendes Instrument zur Sicherung patriarchaler Machtstrukturen. Rechte Akteur*innen versuchen gezielt, feministische und zivilgesellschaftliche Organisationen wie auch die Omas gegen Rechts zu diffamieren, um gesellschaftliche Fortschritte zu blockieren und emanzipatorische Bewegungen zu schwächen. Die jüngste parlamentarische Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur Finanzierung von NGOs reiht sich ein in eine lange Geschichte politischer Einschüchterungsversuche. Sie zielt darauf ab, engagierte Menschen zu verunsichern und den dringend notwendigen Kampf gegen Rechts zu diskreditieren.

Als linke Feminist*innen wissen wir: Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist immer auch ein

Kampf gegen das Patriarchat. Rechte und konservative Kräfte propagieren ein rückwärtsgewandtes Gesellschaftsbild, das auf der Entrechtung und Marginalisierung von Frauen und queeren Personen basiert. Antifeminismus ist ein zentraler Bestandteil rechtsextremer Ideologie – ob in Form von Angriffen auf geschlechtliche

Selbstbestimmung, der Verklärung traditioneller Rollenbilder oder der gezielten Diffamierung feministischer und zivilgesellschaftlicher Initiativen. Doch wir lassen uns nicht einschüchtern! Wir stehen gemeinsam mit den Omas gegen Rechts! Gerade jetzt, wo CDU und AfD vermehrt zivilgesellschaftliche Organisationen angreifen, müssen wir zusammenhalten. Die Diffamierung von Gruppen wie den Omas gegen Rechts zeigt, dass unser Widerstand Wirkung zeigt.

Wir rufen die Bevölkerung dazu auf, sich mit den Omas gegen Rechts zu solidarisieren und zusammen dagegen zu halten. Wir lassen nicht zu, dass rechte und konservative Kräfte unsere Bewegungen und Kämpfe schwächen oder gar aus(merzen)!

LAG-Feminismus Die Linke Landesverband Hamburg



Beschluss des Geschäftsführenden Parteivorstandes vom 21. März 2025

Aufruf zu den Ostermärschen 2025

Diplomatie statt Kriegspolitik und mehr Waffen! Investitionen in die Zukunft statt Milliarden für Aufrüstung!

Putin setzt seinen brutalen Krieg in der Ukraine fort und zögert eine Waffenruhe hinaus. Donald Trump droht mit der Annexion von Grönland. Den Gazastreifen möchte er in die Riviera des Nahen Ostens umwandeln, in amerikanischen Besitz. Weltweit sterben hunderttausende Menschen durch Waffengewalt in Konflikten und Kriegen.

Die Angst der Menschen vor Krieg steigt.

Die diplomatischen Zerwürfnisse mit den USA führen in der EU zu einem Überbietungswettbewerb: Welches Land kann am stärksten aufrüsten? Die Bosse der Rüstungskonzerne reiben sich die Hände.

Es droht die größte Militarisierung der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Dafür haben Union, SPD und Grüne der Bundeswehr einen Blankoscheck für Aufrüstung ausgestellt und die „Schuldenbremse“ gelockert – aber nur für Aufrüstung. Für zivile Zwecke wie Schulen, Kitas, Bahn oder Wohnungen geht das angeblich nicht. Die Politik der Herrschenden geht an den Interessen der Mehrheit vorbei.

Wir stellen uns dem Aufrüstungswahn entgegen! Die Linke setzt auf eine friedliche und demokratische Au-

ßenpolitik, die internationale Solidarität über Profitinteressen stellt. Für ein Europa, das überall für Gerechtigkeit, Kooperation und Demokratie eintritt.

Wir rufen auf: Beteiligt Euch an den Ostermärschen! Im gesamten Bundesgebiet finden vom 17. bis 21. April 2025 regionale Demonstrationen, Kundgebungen und andere Aktionen der Friedensbewegung statt. **Die Linke sagt Nein zum Krieg! Nein zur Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft!**

Die Linke fordert:

- Abrüstung in Deutschland und Europa! Die europäischen NATO-Staaten geben heute schon (kaufkraftbereinigt) viel mehr Geld für das Militär aus als Russland. Daher sollten diese EU-Staaten den ersten Schritt gehen und eine verbindliche Einladung zu einem kollektiven Abrüstungsprozess aussprechen.
- Wir wollen die Schuldenbremse abschaffen: Aber nicht um Aufrüstung voranzutreiben, sondern um in den sozialen Zusammenhalt, die öffentliche Infrastruktur und den Klimaschutz zu investieren.
- Friedenstüchtig statt kriegstüchtig: Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht. Keine US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland. Rüstungsexporte müssen verboten werden. Es braucht Diplomatie und Verhandlungen für einen nachhaltigen Frieden in der Ukraine und in Israel und Palästina.

Hamburger Ostermarsch „Lernfähig statt kriegstüchtig“, Montag, den 21. April

Aus unserem Aufruf:

Die Ostermärsche gewinnen dieses Jahr noch mal an Bedeutung. Fortgesetzter Sozialkahlschlag, Sondervermögen für militärtaugliche Infrastruktur und ein unbegrenzter Verteidigungshaushalt: Der gesteigerte Hochrüstungswahnsinn der Herrschenden richtet sich gegen die in der UN-Charta festgehaltene weitreichende Entwicklungsperspektive: Alle Anstrengungen der Völker weltweit sollen darauf gerichtet sein, die Geschichte in die eigenen Hände zu nehmen, um „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ und „den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern“.

Gegen diese Bestrebungen richtet sich der verzweifelte Versuch, die Vormachtstellung des Westens und

damit die internationale Ausbeutungsordnung zu verteidigen. Dabei liegt die Perspektivlosigkeit des „Recht des Stärkeren“ zunehmend offen: US-Präsident Trump will dreckige „Deals“ um die Ukraine machen (um die Gegnerschaft zu China stärker auszubauen), die EU leidet an Großmachtphantasien und auch Deutschland will wieder wer sein und marschiert mit monströsen Milliarden gegen die „Gefahr aus dem Osten“ – und die hiesige Bevölkerung.

Wir drehen den Spieß um: Statt weiter unendlich viele Ressourcen für die Zerstörung ganzer Regionen zu verpulvern, gehen wir für Milliardeninvestitionen in soziale Daseinsfürsorge und öffentliche zivile Infrastruktur auf die Straße.

Hamburger Ostermarsch „Lernfähig statt kriegstüchtig“

Montag, den 21. April 2025

Auftakt: 13 Uhr, Landwehrplatz/Hasselbrookstraße

Abschlusskundgebung: 15 Uhr, Lange Reihe/Carl-von-Ossietzky-Platz

[Ostermarsch_Aufruf 2025_Initiative gegen Rüstungsexporte]

Demonstration „Keine neuen US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland, Befehlskommando in Wiesbaden auflösen, Friedensgebot der Hessischen Verfassung einhalten!“

Beschluss des Parteivorstandes vom 9. März 2025

Die Linke ruft ihre Mitglieder und Sympathisanten über interne Kanäle (Newsletter) und öffentliche Social-Media-Accounts zur Teilnahme an der Demonstration **„Keine neuen US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland, Befehlskommando in Wiesbaden auflösen, Friedensgebot der Hessischen Verfassung einhalten!“**

am Samstag, 29. März 2025, 12 Uhr, Hauptbahnhof Wiesbaden, auf. Darüber hinaus unterstützt die Bundesgeschäftsstelle bei Bedarf Landesverbände in geeigneter Weise, um eine gemeinsame Anreise nach Wiesbaden zu organisieren/finanzieren. Die Mobilisierung beginnt unmittelbar nach der Beschlussfassung.

29. März: Bundesweite Demonstration in Wiesbaden

Das **Wiesbadener Bündnis gegen Raketenstationierung** und die **Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.** rufen zu einer Demonstration am 29. März 2025 in Wiesbaden auf.

Die Aktion wird auch von den Initiativen „Nie wieder Krieg“ und „Friedensfähig statt erstschlagfähig“ unterstützt.

Aufruf:

**Keine neuen US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland
Befehlskommando in Wiesbaden auflösen
Friedensgebot der Hessischen Verfassung einhalten!**

**Auftaktkundgebung 12 Uhr Hauptbahnhof
Abschlusskundgebung 14.30 Uhr Kranzplatz**

Die Gefahr eines weltumspannenden Krieges ist derzeit so groß wie noch nie. Es besteht die reale Möglichkeit, dass wir in den atomaren Abgrund taumeln oder Opfer eines konventionellen Krieges werden. In dieser Situation sollen ab dem kommenden Jahr US-Mittelstreckenraketen in Deutschland stationiert werden. Gesteuert werden sollen sie über den Militärstandort Wiesbaden und eine Kommandozentrale im Stadtteil Mainz-Kastel.

Es sind Erst- und Enthauptungsschlagwaffen. Sie erhöhen die Kriegsgefahr und gefährden den Frieden. Die geplante Stationierung steht damit nicht im Einklang mit dem Friedensgebot in Artikel 69 Hessische Verfassung. Mit Hyperschallraketen kann in ca. 10 Minuten Moskau getroffen

werden. Umgekehrt können in derselben Zeit russische Raketen als Erst- oder Gegenschlag hier einschlagen. Wegen der hohen Geschwindigkeit der Raketen kann es leicht zu Fehlreaktionen kommen, denn bei einem Alarm bleibt keine Zeit für eine überlegte Entscheidung.

Die am 10.7.2024 verkündete Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung erfolgte ohne jede vorherige öffentliche und parlamentarische Diskussion. Abrüstungsverhandlungen und ggf. ein Stationierungsmoratorium sind nicht vorgesehen.

Wir fordern:

- Die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland zu unterbinden
- Das US-Raketenbefehlskommando in Mainz-Kastel abzuziehen und weder dort noch anderswo in Deutschland zu stationieren
- Kriege und Konflikte diplomatisch statt militärisch zu lösen
- Weltweit für eine sichere und friedliche Zukunft einzutreten, auch in Zusammenarbeit mit politischen Gegnern und Konkurrenten

Wir richten unsere Forderungen an alle zuständigen Entscheidungsträger auf kommunaler, Landes- und Bundesebene.

(Zur Verfügung gestellt von der AG FIP)

Den 8. Mai zum Feiertag machen

Die Linke fordert mit Blick auf den 80. Jahrestag der Befreiung in diesem Jahr, dass der 8. Mai zu einem europaweiten Feiertag erklärt werden soll. Die militärische Zerschlagung der NS-Diktatur setzte ihrer faschistischen Barbarei in Europa ein Ende. Die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht bedeutete die Befreiung der Menschen in Deutschland und in den besetzten Gebieten. Das war die Voraussetzung für die Entwicklung zu einer demokratischen Gesellschaft.

Heutige Erwachsene gehören zur letzten Generation, die überhaupt noch die Möglichkeit hat, mit Zeitzeugen ins Gespräch zu kommen. Das schafft besondere Herausforderungen bei der Vermittlung von Geschichte – vieles, was danach kommt, wird in den Händen der öffentlichen Deutung und Debatte liegen. Das wiegt umso schwerer, als wir heute wieder eine extrem rechte Partei im Bundestag und den Landtagen haben, die den Nationalsozialismus als ›Vogelschiss‹ in der deutschen Geschichte abtut. Diese bildet mit ihrer Hetze gegen Minderheiten den Nährboden für rechte Gewalt und begreift den 8. Mai immer noch als ›Tag der Niederlage‹.

Genauso wie weitere Fraktionen der Linken bringt unsere Bezirksfraktion auch dieses Jahr das Thema mit einem Antrag auf die Tagesordnung.

Darüber hinaus bieten wir – neben der von einem Bündnis getragenen und der Hamburger Linken

unterstützten Demonstration (Auftakt an der Stadthausbrücke) und dem Fest der Befreiung auf dem Rathausmarkt am 8. Mai. – zwei Veranstaltungen in Kooperation mit der „Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen“ am Wochenende vor dem 8. Mai zum Thema:

1. Eine Führung durch die Gedenkstätte Bullenhuser Damm und den Rosengarten für die Kinder vom Bullenhuser Damm am Samstag, den 3. Mai um 13:00 Uhr.
2. Eine „Alternative Hafensrundfahrt am Sonntag, den 4. Mai um 17:30 Uhr.

Die Gedenkstätte Bullenhuser Damm erinnert an die Ermordung von 20 jüdischen Kindern, ihren vier Betreuern sowie mindestens 24 sowjetischen Häftlingen durch SS-Männer am 20. April 1945. An den Kindern waren zuvor im Konzentrationslager Neuengamme pseudo-medizinische Versuche durchgeführt worden. Während des Rundganges (2 Stunden) lernen Gruppen die Geschichte des Ortes und der Tat kennen, werden über die Suche nach den Identitäten der Opfer und die Geschichte der Gedenkstätte informiert und haben Zeit, sich die Ausstellung und die Taträume anzusehen.

Falls ihr Interesse an der Teilnahme habt meldet euch gerne per E-Mail an die Adresse info@linksfraktion-hamburg-mitte.de an.

Bezirksamt Hamburg-Mitte

Drucksachen–Nr.: 23xxxx

Bezirksversammlung

26. März 2025

Antrag

8. Mai als gesetzlichen Feiertag in Hamburg einzuführen

der Mitglieder der Bezirksversammlung Antonia-Luise Ivankovic, Theresa Jakob, Steffen Leipnitz, Susanne Morgenstern, Maureen Schwalke, Nora Stärz, Marinus Stehmeier, Ronald Wilken (DIE LINKE)

Am 8. Mai 1945 endete mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht der Zweite Weltkrieg in Europa. Mit dem Sieg der Alliierten über das faschistische Deutschland wurde das millionenfache Morden der Nationalsozialist*innen beendet. Jüdische Menschen, Sinti und Roma, politische Verfolgte, Gewerkschafter*innen, Menschen mit Behinderungen, Homosexuelle und viele andere, die unter der Gewalt des NS-Staates gelitten hatten, erlebten diesen Tag als das Ende eines Systems, das auf Antisemitismus, Menschenverachtung, Terror und Vernichtung aufgebaut war.

Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind ohne Vergleich: Der Holocaust, die systematische Ermordung von 6 Millionen jüdischen Menschen, die Vernichtung von Hunderttausenden Sinti und Roma, die Verfolgung und Tötung von Millionen weiteren Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion, politischen Überzeugung, sexuellen Orientierung oder weil sie als sogenannte Asoziale und Berufsverbrecher stigmatisiert wurden. Dazu kommen die zahllosen Kriegsverbrechen, die Zerstörung Europas und der Tod von bis zu 60 Millionen Menschen, verursacht durch den von Deutschland begonnenen Krieg.

Anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes bezeichnete Bundespräsident Richard von Weizsäcker, den 8. Mai als Tag der Befreiung von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen

Gewaltherrschaft. Diese Worte haben heute nichts von ihrer Dringlichkeit verloren. Noch immer wird versucht, diesen Tag als einen Moment der Niederlage darzustellen oder ihn gar mit Revisionismus zu überlagern.

Das der 8. Mai in Hamburg im Juni 2022 zu einem offiziellen Gedenktag erklärt wurde, war ein Schritt in die richtige Richtung. Im Angesicht eines politischen Klimas, in dem faschistische Kräfte erneut erstarben, Hass gegen Minderheiten geschürt wird und der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist, reicht dies aber nicht mehr aus.

Der 8. Mai muss zum Feiertag werden – als ein unmissverständliches Signal gegen Faschismus und für die universellen Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Dieser Tag ist nicht nur ein Datum der Erinnerung, sondern ein Appell an Gegenwart und Zukunft, aktiv gegen jede Form von Faschismus, Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einzutreten.

2025 jährt sich der Tag der Befreiung zum 80. Mal. Das Land Berlin hat daher beschlossen, den 8. Mai 2025 zu einem Feiertag zu erklären, so wie es bereits 2020 der Fall war. Auch in Thüringen wurde über die Einrichtung eines einmaligen Feiertages anlässlich des Tags der Befreiung diskutiert. Der Hamburger Landesverband der Grünen hat jüngst in ihrem „Regierungsprogramm 2025“ verankert, dass der 8. Mai ein Feiertag werden soll. Auf dem Parteitag der Hamburger SPD scheiterte ein entsprechender Antrag nur knapp. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure, allen voran die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA), fordern seit Jahren, dass der 8. Mai nicht nur ein Gedenk-, sondern ein Feiertag sein muss.

Der 8. Mai als gesetzlicher Feiertag wäre ein starkes Zeichen dafür, dass wir nicht nur die Vergangenheit anerkennen, sondern aus ihr lernen und die Lehren aktiv anwenden. Es wäre ein Tag, der eine antifaschistische Gesellschaft feiert und zugleich vor den Gefahren und Kräften warnt, die sie untergraben wollen. Ein Feiertag des 8. Mai wäre ein Tag des Gedenkens, der Solidarität, der Wachsamkeit und des Widerstandes und ein deutliches Bekenntnis zu einer Gesellschaft, die sich unmissverständlich gegen jede Form von Faschismus stellt.

Auch der Bezirk Hamburg-Mitte steht hier in einer besonderen Verantwortung. Mit dem Hauptquartier der Gestapo im Stadthaus befand sich hier von 1933 bis 1943 eine Zentrale des nationalsozialistischen Terrors. Über Außenlager des KZ Neuengamme wurden hunderttausende Frauen, Männer und Kinder durch Zwangsarbeit in der Hamburger Kriegswirtschaft und insbesondere auch im Hamburger Hafen unter menschenverachtenden Bedingungen ausgebeutet.

Petition

Die Bezirksversammlung möge beschließen:

1. Die Bezirksversammlung begrüßt alle Bemühungen von Senat und Bürgerschaft, den 8. Mai als gesetzlichen Feiertag in Hamburg einzuführen.
2. Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, sich gegenüber den entsprechenden Stellen dafür einzusetzen, dass der 8. Mai als gesetzlicher Feiertag in Hamburg eingeführt wird.

Woche des Gedenkens im Bezirk Hamburg-Mitte 20.4. – 8.5.

Viele Menschen aus dem Bezirk engagieren sich in Stadtteilarchiven, Geschichts- oder Lernwerkstätten, kulturellen Einrichtungen oder an Gedenkort für die lokale Erinnerungskultur. Im Rahmen der jährlichen Woche des Gedenkens Hamburg-Mitte präsentieren sich die Initiativen und Einrichtungen mit Führungen, Stadtrundgängen, Theater- sowie Filminszenierungen, Lesungen und Gesprächsrunden. So soll vor allem das Bewusstsein für unsere Geschichte gestärkt werden. <https://gedenken-hamburg-mitte.de/>

Auszeichnung „Verantwortung - Damals und heute“ 2025

In Memoriam Esther Bejarano

Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte schreibt in Gedenken an Esther Bejarano bereits zum vierten Mal den Preis „Verantwortung - damals und heute“ aus, um herausragendes zivilgesellschaftliches Engagement im Sinne von Esther Bejarano sichtbar zu machen.

**Zentrale Veranstaltung zur Preisverleihung: Montag, 28.4., 19 Uhr Centalkomitee, Steindamm 45
Eintritt frei, Anmeldung unter: anmeldung@gedenken-hamburg-mitte.de**

Die Woche des Gedenkens in HH Mitte geht auf eine Initiative der Fraktion DIE LINKE zurück.

Christine Detamble-Voss wird uns fehlen



Unsere Genossin Christine Detamble-Voss ist am 17. März 2025 nach langer Krankheit im Alter von 81 Jahren verstorben. Geboren wurde sie am 09.01.1944 und ist in Österreich im Salzkammergut, aufgewachsen.

Sie absolvierte in Rheinhausen eine Ausbildung zur Krankenschwester, und wurde durch die außerparlamentarische Opposition geprägt. Sie organisierte sich im Kommunistischen Bund Westdeutschlands und im Bund Westdeutscher Kommunisten, später wurde sie Mitglied in der PDS und dann der Partei DIE LINKE. In der Volksfront gegen „Reaktion, Faschismus und Krieg“ war Christine bereits seit ihrem 16. Lebensjahr politisch aktiv gewesen.

Auch Berlin, Kiel, Preetz und Hamburg waren Stationen ihres bewegten Lebens. Feminismus, Gewerkschaftsarbeit und antifaschistische Arbeit prägten die „Kommunistin, mit Marx, Engels und Mao Tsetung, im HERZEN; Denken und Handeln“ so schrieb sie über sich selbst. Jahrelang war sie daher auch aus der ÖTV ausgeschlossen gewesen.

Anfang der Neunziger Jahre kam sie alleinerziehend von zwei Kindern nach Hamburg und arbeitete im UKE. Sie wurde auch wieder gewerkschaftlich aktiv, als Vertrauensfrau, in diversen Gremien und beteiligte sich an der Organisation von Streiks. 1996 wurde sie die erste Frauenbeauftragte für das nichtwissenschaftliche Personal am UKE.

Die gesellschaftlichen Widersprüche hatte sie immer mit dem konkreten Engagement in der Nachbarschaft in ihrem Wohnquartier in St. Pauli Nord verbunden. So war sie z.B. eine der treibenden Kräfte für die Benennung einer Schule nach dem Antifaschisten Bruno Tesch.

In der Partei Die Linke gehörte sie zu den führenden Gründungsmitgliedern aus der PDS kommend, die 2007 die neue LINKE in Hamburg gründeten. Von 2008 bis 2019 war sie Abgeordnete in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, von 2014 bis 2019 war sie Fraktionsvorsitzende. In der Linken Hamburg gründete sie die Frauenorganisation LISA. Sie war 2015 Mitautorin einer [Broschüre der Linken Hamburg](#) über den Antifeminismus der AfD.

Christine hat vielfältige thematische Spuren sozialistischer Kommunalpolitik hinterlassen, die bis heute fortwirken und wegen Ihrer Vielfalt hier nur stichwortartig angerissen werden können: Der Kampf gegen die Repression gegenüber von Sexarbeiter*innen, die Integration – insbesondere aber selbstverständlich nicht nur von Roma und Sinti in die Gesellschaft, der Kampf gegen die immer weiter fortschreitende Eventisierung des Stadtteils wie z.B. bei dem Bürger*innenentscheid gegen die Seilbahn über die Elbe, eine demokratische Jugendarbeit und Jugendhilfe, die die Interessen der jungen Menschen in den Mittelpunkt stellt, Engagement gegen den Ausverkauf ihres Stadtteils an Investoren (wie z.B. die Rindermarkthalle an der Feldstraße, die Esso-Häuser oder das Bernhard-Nocht-Quartier) sowie auch die Initiierung von Bürger*innenpreise für die Sozialarbeiter*innen Dzoni Sichelschmidt oder Saide Sesin Martinez sind bloß einige Beispiele.

Leider mussten wir auf Christines warmherzige Erfahrung bereits seit 2019 verzichten. Ihren ganz persönlichen Kampf hat sie nun verloren. Wir vermissen sie. Wir werden ihren Kampf für Demokratie, ein gutes Leben für alle Menschen – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder Hautfarbe im Großen und auch im oft unterschätzten Kleinen fortsetzen. Christine bleibt unvergessen.

Wer von Christine Abschied nehmen möchte: Die **Trauerfeier und die Beisetzung finden am Montag, den 14. April 2025 um 13:30 Uhr** auf dem Friedhof Diebsteich mit statt. Ein anschließendes Beisammensein ist geplant, weitere Informationen folgen umgehend.

Die Bezirksfraktion sucht Unterstützung für Ausschüsse

Liebe Genoss*innen,
wir suchen noch engagierte Leute, die Bock haben sich mit uns als zubenannte Bürger*innen in den Ausschüssen zu beteiligen.

Folgende Ausschüsse haben gerade noch freie Plätze:

Ausschuss für Musik, Kultur und Kreatives:

Der **MKK**-Ausschuss trifft vor allem Entscheidungen darüber, wie die zur Verfügung stehenden Stadtteilkulturmittel im Bezirk Hamburg-Mitte verteilt werden. Dabei geht es im weitesten Sinne immer um Stadtteilkultur, die Theater, Ausstellungen oder andere Projekte umfassen kann.

Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Wochenmärkte und Tourismus:

Der **WWT**-Ausschuss beschäftigt zum einen damit, wie Wochenmärkte gefördert und somit attraktiv für die Menschen im Bezirk werden oder bleiben können. Zum anderen geht es darum Konzepte zu erarbeiten, wie Anwohnende und ein stark zunehmender Tourismus im Bezirk Hamburg-Mitte gut nebeneinander existieren können.

Bei Interesse Meldet euch gerne bei Martin Wittmaack, Geschäftsführer der Fraktion Hamburg-Mitte unter der E-Mail:

geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Zubenannte Bürger*innen: Sie besetzen mit den Fraktionsmitgliedern zusammen die Ausschüsse im Bezirk Hamburg-Mitte. In der Regel tagt ein Ausschuss einmal pro Monat, pro Sitzung wird eine Aufwandsentschädigung an die Teilnehmenden gezahlt.

Zu den Aufgaben gehören möglichst regelmäßige Teilnahme und die Vorbereitungen und ggf. Nachbearbeitung der Sitzungen.

Bock mitzumachen aber nichts Passendes dabei? Kein Problem!

Wenn du grundsätzlich Interesse an der Fraktionsarbeit hast, hier bei den Ausschüssen thematisch aber nichts dafür dabei ist, kannst du dich auch einfach so bei der Fraktion melden - wir schauen dann, was passen könnte :)

Antonia Ivancovic

Infotische zum Berliner Appell in Wilhelmsburg am 14. und 22. 2.



Die Infocrew

Als Teil des bundesweiten Aktionstags der Friedensbewegung gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen haben wir in Wilhelmsburg mit Infotischen am Berta-Kröger-Platz, am Stübenplatz und in Kirchdorf-Süd viele interessante Gespräche geführt. Gerade im Süden von Wilhelmsburg trifft man viele, die sich vollständig darüber im Klaren sind, dass die Aufrüstung nur den Rüstungskonzernen nützt und der Frieden an erster

Stelle stehen muss. Mit denjenigen, die bereits vor hatten die Linke zu wählen war es interessant zu vertiefen, was sie überzeugt hat, woraus sich direkt ergeben hat, dass sie auch Freunde und Bekannte noch überzeugen wollten. Mit denjenigen, die gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen unterschreiben wollten, die gesellschaftliche Polarisierung bisher aber eher mit Resignation und Rückzug beantworten, hatte man auch einigen Diskussionsstoff. Ein Bruchteil der weltweiten Rüstungsausgaben würden ausreichen, um die Menschheit von Hunger und Unterentwicklung zu befreien, warum nicht daran mittun? Am Stübenplatz (der stärker gentrifizierte Teil von Wilhelmsburg) hat man dann noch ein paar andere Diskussionen und auch nicht wenige, die reserviert abwinken und vorbeilaufen.

Insgesamt eine gelungene, ermutigende Aktion, die dringend ausgeweitet werden sollte. Friedensfähig statt kriegstüchtig!

Ida Rockenbach

Bundesweiter Aktionstag gegen Mittelstreckenraketen



Die Friedensbewegung hatte für den 15. Februar zu einem bundesweiten Aktionstag gegen die für 2026 geplanten Mittelstreckenraketen in Deutschland aufgerufen und überall fanden zahlreiche Aktivitäten statt, an denen sich auch Die Linke beteiligt hat. Für unsere aller „Sicherheit“ und „Freiheit“ sollen im Rahmen der überbordenden Aufrüstung

neue Angriffswaffen stationiert werden, die innerhalb kürzester Zeit Russland treffen können, um so die Überlegenheit der NATO zu demonstrieren, was die ohnehin brenzlige Lage weiter eskaliert. Wir sagen dagegen: Abrüsten jetzt!

Die Initiative gegen Rüstungsexporte hat am Freitagabend, den 14.2. am Bahnhof Sternschanze eine Kundgebung mit Redebeiträgen, Filmschau und Unterschriftensammlung organisiert. Die Reaktionen waren überwiegend zustimmend „gegen den Wahnsinn“ und „für Diplomatie und Völkerefreundschaft“, einige hadern mit der Propaganda, Russland wolle uns angreifen, andere fanden wiederum „Schanze“ und „Feierabend“ wichtiger. Es gibt also hohen Aufklärungsbedarf und viel Luft nach oben für die Unterschriftensammlung (bislang 45.000) und die Involvierung von MitstreiterInnen für aktive Mitarbeit in Bewegung und Partei!

Gunhild Berdal

Berliner Appell: <https://nie-wieder-krieg.org/>

Roter Filz mit schwarzem Tupfer in Hamburg Billstedt?

Ist für Teile der SPD in Billstedt die Politik ein Selbstbedienungsladen? Dieser Eindruck verstärkt sich momentan in einigen Bereichen unseres Stadtteils. Es geht um die Vergabepraktiken im Zusammenhang der weiteren Nutzung der Räume in der Merkenstraße 24. Dort gab es mal einen Jugendtreff. Wer hätte es nicht geahnt, aber die Räume für soziale und kulturelle Einrichtungen sind knapp und diese Verknappung hat sich durch die Schäden von Starkregen verschärft. Hier nimmt nun unsere Geschichte ihren Anfang.

Ursprünglich gab es ein Interessenbekundungsverfahren, um diversen Trägern die Möglichkeit zu geben, ihre Konzepte für eine Kinder- und Jugendarbeit in den Räumen der Merkenstraße 24 vorzustellen. Es ging um eine langfristige Vergabe und für dieses Projekt sind 500.000 Euro vorgesehen.



Auf einmal wurde auf Grund der räumlichen Notlage der Elternschule das Interessenbekundungsverfahren gestoppt und in den Jugendhilfeausschuss (JHA) überstellt. Das nenne ich Solidarität, die sich auch so gehört. Der Elternschule wurden die Räume in der Merkenstraße zur vorübergehenden Nutzung zur Verfügung gestellt, aber die entscheidenden Akteure des Jugendhilfeausschuss scheinen diese Situation dazu genutzt zu haben, der Jugendarbeit Horn die langfristige Nutzung der Räume zu schenken, denn was Wunder, der damalige Vorsitzende des Jugendhilfeausschuss war 2021 noch Vorsitzender der Jugendarbeit Horn und es gab (gibt) dort auch noch persönliche Verbindungen aus der gemeinsamen Zeit bei den Grünen. Wir erinnern uns, dass sich damals eine Gruppe aus dubiosen Gründen von den Grünen abgespalten hatte, um dann später der SPD beizutreten. Dort haben wir den damaligen Vorsitzenden des JHA zu verorten. Dagegen hat sich berechtigter Zorn anderer Träger aufgebaut, die sich um ein faires und übliches Verfahren „betrogen“ fühlen. Auch in der „Jetztzeit“ tummeln sich dort Mitglieder im JHA, die sich eng mit der Jugendarbeit Horn verbunden fühlen. Die SPD mag das Thema nun gar nicht. Es soll sogar zu Erpressungsversuchen gegenüber den Grünen in Mitte gekommen sein, die auch einen eigenen Antrag in den JHA einbringen wollten, um die damalige Entscheidung des JHA

zu Gunsten der Jugendhilfe zu kippen. In den Gesprächen zwischen SPD und Grünen auf Bezirksebene (Hamburg Mitte) wurde signalisiert, dass man durchaus zusammenkommen könne, aber der Antrag zur Merkenstraße 24 dürfte nicht erscheinen. Ein eventuelles Erscheinen des Antrages im JHA könnte sich auch negativ auf die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen auf der Bürgerschaftsebene auswirken. So hat man es uns zugetragen. Natürlich können wir das nicht überprüfen. Und nun ratet mal, wie es weitergegangen ist?

Richtig, der angekündigte Antrag der Grünen wurde nicht in den JHA eingereicht und ein mündlicher Antrag unserer Partei (DIE LINKE), das Vergabeverfahren bis zu einer endgültigen Klärung erst einmal auf Eis zu legen, bekam keine Mehrheit, weil sich die Grünen und auch Volt enthalten haben. Wir haben dann gestern (25.3.) einen Antrag der LINKEN in den RA Billstedt eingebracht, den ihr unten lesen könnt. So sauer habe ich unsere SPD selten erlebt. Allein dafür hat es sich gelohnt, den Antrag einzureichen, denn es war Publikum im Saal und auch aus dem Publikum gab es Feuer zu diesem Thema. Die SPD hat sich dann hilflos auf Formalien zurückgezogen. Akribisch hat mir dann Herr Kay Dassow etwas zum Passus "Doppelbefassung" vorgelesen und man hat seine Erleichterung spüren dürfen, dass er dieses vermeintliche Schlupfloch hat finden dürfen. Das allerdings nur seine Wirkung hatte, weil die Vorsitzende dies begierig unterstützend aufgegriffen hat. Nun landet die Sache wieder im JHA.

Kleine Ergänzung: Von den vier anwesenden Sozialdemokraten hatten zwei einmal eine Funktion im Vorstand der Jugendarbeit Horn. Und nun zum schwarzen Tupfer. Tapfer stand die CDU der SPD gestern zur Seite. Ein Akteur der CDU im JHA hat auch gute Verbindungen zur Jugendarbeit Horn und enge Kontakte zu einem Parteikollegen, der für die CDU im RA Billstedt sitzt. Da schließt sich der Kreis. Das Ganze ist skandalös. Wir werden am Ball bleiben. Jetzt erst recht.

Antrag:

Im Stadtteil gibt es derzeit erhebliche Unruhe bezüglich der Vergabe der Räumlichkeiten Merkenstraße 24 an den Träger Jugendarbeit Horn e.V. Andere betroffene Träger fühlen sich stark benachteiligt, und das Verfahren wird als unfair angesehen.

Ursprünglich wurde ein Interessenbekundungsverfahren eingeleitet, das jedoch unerwartet gestoppt und in den Jugendhilfeausschuss weitergeleitet wurde. Es besteht der Verdacht, dass

dies bewusst so gehandhabt wurde, um den Träger Jugendarbeit Horn e.V. zu begünstigen. Dieser Verdacht wird durch das Gerücht bestärkt, dass der damalige Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses enge Verbindungen zum Träger hatte und dort in der Vergangenheit eine leitende Position innehatte.

Ziel dieses Antrages ist es, den entstandenen Verdacht weitestgehend auszuräumen und dem entstandenen Misstrauen entgegenzuwirken. Es erscheint daher sinnvoll, den Beschluss des Jugendhilfeausschusses zu korrigieren und ein neues Interessenbekundungsverfahren einzuleiten. Dies würde zeigen, dass politische Entscheidungen korrigierbar sind.

In der Drucksache 23-0354 (Anfrage der Partei DIE LINKE) wurde die Beendigung des Interessenbekundungsverfahrens wie folgt begründet: „Das Interessenbekundungsverfahren (IBV) wurde ohne Ergebnis beendet, da massive Mängel und Gesundheitsgefährdungen im Lorenzenweg 2a zu einer sofortigen Schließung des Gebäudes führten und die Angebote der Elternschule im Gebäude Merkenstraße 24 verortet wurden. Dieses war dringend erforderlich, um die Angebote der Elternschule für die Familien in Billstedt nahtlos aufrechterhalten zu können.“ Während die Unterstützung der Elternschule ehrenwert ist, ergibt sich dennoch keine Verbindung zur langfristigen Vergabe an den Träger Jugendarbeit Horn e.V. Ein neues Interessenbekundungsverfahren wäre spätestens bei der langfristigen Vergabe notwendig gewesen. Des Weiteren wurde ein Verfahrensfehler gemeldet, da die FDP nicht eingeladen wurde. Dieser Fehler hätte korrigiert und die FDP nachträglich informiert werden sollen.

Entscheidend ist letztlich das Wohl der Kinder und Jugendlichen, die in Zukunft dort betreut werden sollen. Ein Wettbewerb der Konzepte der interessierten Träger ist daher notwendig und angemessen. Der Träger Jugendarbeit Horn e.V. kann sich ebenfalls beteiligen, wobei die Frage aufkommt, warum ein Träger aus Hamburg Horn langfristig in der Merkenstraße tätig sein sollte, wo bereits gute Kontakte zu Trägern aus dem Billstedter Raum existieren.

Petition/Beschluss:

Der Regionalausschuss möge beschließen: Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte wird gebeten, den Beschluss des Jugendhilfeausschusses zur Vergabe der Räumlichkeiten Merkenstraße 24 aufzuheben und ein neues Interessenbekundungsverfahren für die Vergabe einzuleiten.

Uwe Böhm
(Das Foto S. 12 stammt aus einer change-Petition im Netz-red).

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke/Ecke Neuer Wall

Dienstag, 01.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Montag, 07.04., 19:00 - 20:30 Uhr

Neumitgliederzoom

Jeden Montag! Die Zugangsdaten hast du mit deinem Begrüßungsschreiben aus Hamburg erhalten. Ansonsten gerne an neumitglieder@die-linke-hamburg.de mailen und Zugangsdaten erhalten.

Samstag, 12.04.,

Workshop der BO HaHoBo

Zeit und Ort folgen

Sonntag, 13.04., 11 – 16 Uhr

Workshop der BO Billstedt

Kulturpalast Billstedt, Öjendorfer Weg

Montag, 14.04., 16:30 Uhr

Nächstes Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Mittwoch, 16.4., 19:00 Uhr

Rotes Bier – Kneipenabend des Bezirksverbands
Kaffee Stark, Wohlwillstraße 18
(s. auch Mm 02/25)

Mittwoch, 16.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 17.04., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126,

Montag, 21.04., 13-16 Uhr

Ostermarsch 2025 s.S. 6)
Hasselbrookstraße > Lange Reihe

Donnerstag, 24.04., 17.30 Uhr

Öffentliche Sitzung der **Bezirksversammlung**
Caffamacherreihe 1-3, 11. OG

Freitag, 25.04., 10.30 bis 12.30 Uhr

LAG Senior*innenpolitik Hamburg,
Landesgeschäftsstelle, Versammlungsraum,
Burchardstraße 21, 20095 Hamburg
(Innenstadt/b. d. Steinstraße)

Samstag, 26.4., 10 – 19 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung

Musiksaal im DGB-Haus, Besenbinderhof (s.S. 2)

Mai

Donnerstag, 01.05., 10:30 - 14 Uhr

Maidemonstration und –kundgebung

U-Bahn Habichtstraße > Museum der Arbeit

Dienstag, 06.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Montag, 12.05., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 15.05., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

Mittwoch, 21.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Treffen BOn Billstedt und HaHoBo

für Mai noch nicht festgelegt.

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei:

<https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/termine/>

Und der der Bürgerschaftsfraktion:

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/termine>

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Laura		
Michelle Stoop		
Rhia Baguley		
Sophia Lund		
Quentin		
Wolfgang Strauß (Schatzmeister)		wolfgang-strauss@gmx.net
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX